

**Shashi Tharoor, *Inglorious Empire. What the British did to India*. London, Penguin 2016, 336 Seiten, £ 9,99 (ca. 11,00 Euro)**

Während in Deutschland die historische Aufarbeitung des Kolonialismus erst mit einiger Verzögerung in Gang gekommen ist, ist die britische Herrschaft über Indien seit langem Gegenstand öffentlicher Kontroversen. Indische Kritiker prangerten bereits um 1900 die fortschreitende De-Industrialisierung Indiens und den massiven *drain of wealth* (Abfluss an Vermögen) an.

Dagegen betrachten viele Briten noch heute das Wirken ihrer Vorfahren in den Kolonien als Wohltat für deren Bewohner. Die Auseinandersetzung ist keineswegs zu Ende. Im Mai 2015 hatte der Debattierklub der Oxford Union den indischen Politiker, Diplomaten und Schriftsteller Shashi Tharoor zur Teilnahme an einem Streitgespräch über das Thema „*Britain owes reparations to her former colonies*“ eingeladen.

Aus dem Vortrag ist das vorliegende Buch entstanden. Tharoor greift darin zunächst die Frage nach der ökonomischen Bilanz auf und beschreibt die von Gier angetriebene Plünderung Indiens. Den indischen Anteil von knapp 25 Prozent am globalen Bruttoinlandsprodukt um 1700 wirtschafteten die Briten auf weniger als vier Prozent zur Zeit der Unabhängigkeit 1947 herunter. Kein Wunder, sie wirtschafteten für sich selbst und das eigene Land: Die industrielle Revolution in England und die Zerstörung des indischen Handwerks bedingten einander.

Nicht besser sehe die Bilanz im Bereich der Politik aus. Die oft vorgebrachte Behauptung, ohne die britische Herrschaft hätte es Indien als politische Einheit gar nicht gegeben, unterschläge die Potenziale anderer Akteure, größere staatliche Einheiten auf dem Subkontinent zu schaffen. Spätestens seit dem großen Aufstand von 1857 verfolgten die Briten eine systematische Politik des *divide and rule* (teile und herrsche), mit der sie Misstrauen und Abneigung vor allem zwischen Hindus und Muslimen förderten. Die indische Unabhängigkeit ging mit der Teilung des Landes und millionenfacher Flucht einher, die den Grund zur anhaltenden Feindschaft zwischen Indien und Pakistan legten.

In eine ähnliche Richtung wirkten die britischen Bemühungen um das Verständnis und die Kontrolle der gesellschaftlichen Verhältnisse in Indien. Die hierarchische Ordnung des Kastensystems bekam erst in ihrer engen Definition den starren und unwandelbaren Charakter, der mit ihr heute verbunden wird. Der Drang nach rigider Klassifikation für administrative Zwecke vertiefte die zuvor nur schwach definierten Unterschiede: nicht nur zwischen Hindu-Kasten, auch zwischen Hindus und Muslimen, Sunniten und Schiiten und anderen.

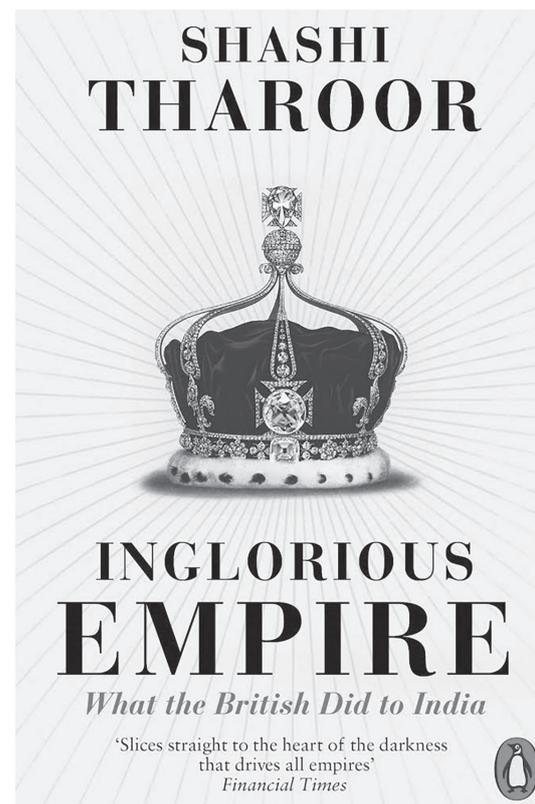
Die Ansicht der Briten, Indien sei als funktionierende Demokratie in die Unabhängigkeit entlassen worden, lasse sich

ebensowenig halten. Während die vor-kolonialen politischen Institutionen im Zuge der Kolonialherrschaft zerstört wurden, hatten die Inder zu den neu eingeführten praktisch keinen Zugang. Noch das Versprechen auf *self-government* als Belohnung für die Beteiligung indischer Soldaten am Ersten Weltkrieg wurde gebrochen.

Auch den bescheidener formulierten Anspruch, die britische Herrschaft sei, wenn nicht demokratisch strukturiert, so doch insgesamt wohlwollend gewesen - eine Art aufgeklärter Despotismus -, lässt Tharoor nicht gelten. Dem stehe besonders die Verantwortung für die verheerenden Hungersnöte entgegen, von denen allein die letzte (1943-44) an die vier Millionen Tote forderte.

Die britische Herrschaft über Indien, so das Fazit, war so brutal wie alle imperiale Machtpolitik. Wenn dem „ungeheuerlichen Verbrechen, ein Volk zu unterjochen“, von Historikern die Einbindung Indiens in die Dynamik der modernen Geschichte als Gewinn gegenübergestellt wird, so fragt Tharoor: Warum sollte ein Land, das vor Ankunft der Briten eigene innovative Entwicklungen aufzuweisen hatte, nicht auch ohne Kolonialismus, ja ohne ihn vielleicht umso besser den Weg in die Moderne gefunden haben? Die Vorstellung, dass Unterdrückung nötig war, um die nichtwestlichen Völker auf den Weg des zivilisatorischen Fortschritts zu bringen, spreche nicht für die zugrundeliegende Vorstellung von Zivilisation.

Die Ausgangsfrage der Oxford Union beantwortet Tharoor knapp. Er fordert keine Reparationen aus dem einfachen Grund, dass der zu ersetzende Schaden nicht quantifizierbar sei: „Jeder bezahlbare Betrag wäre nicht glaubhaft, und jeder Betrag, der glaubhaft wäre, wäre nicht bezahlbar.“ Er schlägt aber eine symbolische Zahlung von jährlich einem Pfund Sterling über die nächsten 200 Jahre vor, dies wäre immerhin eine Anerkennung des zugefügten Unrechts.



Michael Gottlob